

Juso fordern Gemeinden

Klimaschutz Jungpolitiker starten an Gemeindeversammlungen eine Welle von Anträgen

VON SIMON TSCHOPP

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Juso) Baselland fordern die Gemeinden mit einer Klimaoffensive dazu auf, Verantwortung zu übernehmen im Kampf gegen die Klimaerwärmung. An den Gemeindeversammlungen in Arlesheim, Frenkendorf und Füllinsdorf haben Juso-Mitglieder bereits entsprechende Anträge eingereicht. Weitere werden folgen. Die betreffenden Exekutiven müssen laut Gemeindegesetz innert eines halben Jahres Stellung beziehen.

«Wir haben uns schon lange überlegt, was man kommunal gegen den Klimawandel tun kann», erklärt Julia Baumgartner die Aktion. Die Zentralsekretärin der Juso Schweiz meint weiter, dass sie Gemeindeversammlungen viel mehr nutzen müssten, um etwas zu verändern. Für die 24-jährige Füllinsdörferin ist es wichtig, «den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie der Bevölkerung zu zeigen, dass man auch lokal etwas verändern kann». Klar ist für sie: Es braucht nationale und internationale Massnahmen, aber wir alle müssen unseren Teil beitragen.

«Politisch Druck aufbauen»

Das Problem müsse politisch angepackt werden, und zwar auf allen Ebenen. «Wir müssen zwingend Druck aufbauen», betont Baumgartner. Weshalb, dazu nennt sie gleich ein Beispiel: Der Nationalrat habe kürzlich das CO₂-Gesetz verwässert. «Man will national keine Massnahmen ergreifen, sondern schiebt dies aufs Ausland ab», kritisiert die Basellbieter Jungpolitikerin und mahnt, die Schweiz stehe ebenfalls in der Verantwortung. Denn die Folgen des Klimawandels seien auch hier zu sehen.

Zu den Juso-Anträgen «Für unsere Zukunft - Für eine ernsthafte Klimapolitik», welche die Gemeinden unter anderem zur Ausarbeitung eines Klima-Massnahmenplans und zum kompletten Ausstieg aus fossilen Energieträgern auffordern, macht sich Julia Baumgartner keine Illusionen. Es werde nicht einfach. Die Gemeinden versuchten vielleicht, die Verantwortung von sich zu schieben und zu sagen, das falle nicht in ihren Bereich. Die Behörden seien jedoch aufgefordert, ihr Handeln zu reflektieren und Verantwortung zu übernehmen.

Roger Matter, der Gemeindepräsident von Füllinsdorf, kann zum Antrag noch nicht viel sagen, weil er erst am Montag entgegenommen worden sei. Er verspricht aber: «Wir nehmen den Antrag ernst und werden ihn genau anschauen.» Auf den ersten Blick sei das Thema für eine Gemeinde zu hoch angesiedelt. Für Matter ist das Pariser Übereinkommen, das einen maximalen Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius anstrebt, eine internationale Angelegenheit. Und es stelle

GRÜNEN-PRÄSIDENT

«Wir fühlen uns bestätigt»

Der Präsident der Grünen Baselland, Bálint Csontos, findet es «super», dass die Juso in Gemeinden Anträge stellen und von den 9 kommunalen Massnahmen fordern gegen den Klimawandel. «Bei Gemeinden braucht es aber mehr als bloss Fragen. Man muss sehr konkret sein und ihnen fast alles vorkauen», weiss Csontos. Der Ramlsburger Gemeinderat, dem er selber angehört, sei hier eines der positiven Beispiele. Für ihn ist die «Flughöhe» nicht zu hoch. Der Klimaschutz müsse auf allen Ebenen des Staatswesens erfolgen, was bisher ungenügend erfüllt werde. Im Baselbiet schlummere im Gebäudebereich grosses Potenzial, das primär für die lokale Wirtschaft interessant wäre.

«Die Partei, die schon lange zuverlässig fürs Klima kämpft, sind die Grünen», macht Bálint Csontos Eigenwerbung. Sie seien froh um jede Unterstützung, die sich der «existenziellen Frage des Jahrhunderts» annehme. Dass die Jusos mit ihrer Klimaoffensive den Grünen das Wasser abgraben, daran glaubt der Ramlsburger nicht. Im Gegenteil: «Wir fühlen uns bestätigt, wenn andere Parteien dieses Thema aufnehmen.»



Eine Möglichkeit für die Gemeinden, um Klimaschutz zu betreiben, wäre die Förderung von Solarenergie. BZ-ARCHIV

sich die Frage, wie eine Kommune das Anliegen der Juso aufnehmen und so umsetzen könne, dass es auch die Stimmbürger mittragen. «Letztlich geht es meistens darum, Geld in die Finger zu nehmen, wenn man etwas bewirken und das Verhalten ändern will», unterstreicht Roger Matter, der für die Ortsgruppe Team 75 politisiert. Konkrete Möglichkeiten für eine Gemeinde wären, dass sie nur noch auf Elektrofahrzeuge setze oder die Solarenergie unterstütze.

Sind Anträge gesetzeskonform?

Für den Arlesheimer Gemeinderat ist fraglich, ob die Anliegen des Juso-Antrags in die Befugnis der Gemeindeversammlung fallen, was gemäss Gemeindegesetz zwingend ist für die Entgegennahme als Antrag. Der Gemeinderat klärt dies nun ab. Falls der Antrag nicht als solcher angenommen werden könne, werde die Exekutive ihn sinngemäss als Anfrage behan-

deln und an der nächsten Gemeindeversammlung inhaltlich beantworten, erklärt Markus Eigenmann, der Arlesheimer Gemeindepräsident.

Auf die Frage, was Arlesheim im Kampf gegen den Klimawandel beitragen könne, antwortet der Freisinnige: «Unsere Gemeinde hat im Rahmen ihrer Zertifizierung als Energiestadt einen Massnahmenplan erarbeitet, der nicht zuletzt dazu dient, einen - im globalen Kontext allerdings eher bescheidenen - Beitrag gegen die Klimaerwärmung zu leisten.»

Die Juso werden auch in Gemeinden der Kantone Aargau, Solothurn, Bern und Luzern solche Anträge einreichen. Sie haben dies selber initiiert - wesentlich daran beteiligt ist die Frenkendorferin Ronja Jansen, Co-Präsidentin der Juso Baselland - und nicht mit der Mutterpartei SP abgesprochen. Viele Juso sind jedoch aktiv in SP-Sektionen und tauschen sich mit ihnen aus.

NACHGEFRAGT

«Sicher nicht der Anfang vom Ende unserer Partei»

VON BOJAN STULA

Marc Bürgi, die einzigen beiden BDP-Kantonsräte in Solothurn geben die Partei auf und wechseln zur FDP. Das Ende der Kantonssektion dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein. Ist das der Anfang vom Ende Ihrer Partei?

Marc Bürgi: Dass unsere ehemaligen Kollegen im Kanton Solothurn ohne Absprache mit dem kantonalen Vorstand die Partei wechseln, ist un schön. Dass dies auch noch während des Wahlkampfes der BDP in Zürich, Luzern und Baselland geschieht, verärgert mich. Das ist nicht sehr kollegial. Denn beide Kantonsräte waren wiedergewählte BDPLer. Sie hätten fairerweise auch einfach zurücktreten können. Dann hätten nachrückende BDPLer sich um aufbauende Politik

MARC BÜRGI



Der Unternehmer ist Kantonspräsident der BDP Baselland, alt Landrat und Einwohnerrat in Pratteln.

kümmern können. Mit dem Wechsel zur FDP wird die BDP um zwei ihrer Kantonsratsitze geprellt und damit auch Wähler enttäuscht. Dass zwei amtierende Kantonsräte nicht verstehen, dass es mehr als zwei kantonale und kommunale Gesamterneuerungswahlen braucht, um das Vertrauen von Wählern zu gewinnen und eine Partei nachhaltig aufzubauen, befremdet mich doch sehr. Doch der Anfang vom Ende unserer Partei ist dies sicher nicht.

Tatsache ist aber, dass sich die beiden von der BDP Schweiz im Stich gelassen fühlen und für sich keinerlei Aufstiegschancen mehr sahen. Welche sehen Sie noch für die BDP Baselland? Fühlen Sie sich genügend unterstützt?

Ich persönlich fühle mich für unsere Bedürfnisse, welche wir gegenüber der BDP Schweiz haben, absolut unterstützt und falls notwendig auch getragen. Auch Aufstiegschancen gibt es mehr als genug. Die BDP Baselland hat sich aber auch nie dermassen auf Unterstützung aus Bern verlassen, da wir eine selbstständige Kantonalpartei sind. Die BDP Schweiz hat andere Aufgaben. Parteien wachsen nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Damit eine Partei funktioniert, braucht es kommunale und regionale Sektionen, in denen starke Persönlichkeiten das Vertrauen der Wähler gewinnen. Dazu sind ein klares Programm sowie ein beständiger Kurs notwendig. Dass der Vorwurf gegenüber der BDP Schweiz nun ausgeht vom ehemaligen Parteipräsidenten der BDP Solothurn kommt, ist daneben.

Seien wir ehrlich, an dem Tag, an dem Sie keine Zeit oder Lust mehr für die Politik haben, wird es auch die Baselbieter BDP nicht mehr geben. Richtig oder falsch?

Zum Glück falsch. Wir haben aus den Fehlern der Wahlen im 2015 gelernt. Unsere Sektionen im Birstal, Ergolzthal, Homburgertal, Leimental, Liestal, Mutenz-Birsfelden und im Waldenburgertal haben es geschafft, sich mit 3 bis 5 Personen in den Vorständen neu zu organisieren. Diese sieben Sektionen sind im Sektionsrat organisiert und werden durch unseren aktuellen Wahlkampfleiter und Vizepräsidenten Dominic C. Frei geführt. Der Sektionsrat leistet die wichtige politische und strukturelle Arbeit. Der kantonale Vorstand wird durch mich geführt, und wir können uns auf die strategische und langfristige Planung konzentrieren. Dies strukturell so aufzubauen, war richtig harte Arbeit. Die BDP Baselland hat den Turnaround geschafft und ist nicht mehr von einer Person wie mir abhängig. Wir sind durch unsere 19 kommunalen Sitze nun tief im Kanton Baselland verwurzelt und wachsen nun von unten nach oben. Wir sind gekommen, um zu bleiben. Und darauf bin ich sehr stolz.

Ein Scheinkonstrukt soll weg

Bottmingen Die Bürgergemeinde sieht ihren eigenen Sinn nicht mehr. Am Mittwoch entscheiden die Ortsbürger über die Auflösung.

VON MICHEL ECKLIN

Die Bürgergemeinde Bottmingen ist weitgehend ein Scheinkonstrukt. Die Aufgaben des Bürgerrats (Exekutive) erfüllt der Gemeinderat - die beiden Gremien sind personell identisch. Denn in Bottmingen ist der Gemeinderat gleichzeitig auch Bürgerrat. Deshalb ist es faktisch der Gemeinderat, der die Einbürgerungsverfahren durchführt. Der Bürgergemeinde gehört der Wald, den aber schon lange das Forstrevier Leimental bewirtschaftet. Der Kanton erwartet, dass Bürgergemeinden die Heimatverbundenheit fördern. In Bottmingen ist das ein Bürgeressen alle zwei Jahre. Der Finanz-

haushalt der Bürgergemeinde wird seit vielen Jahren von der Gemeindeverwaltung erledigt, der Gemeindeverwalter ist Schreiber und Rechnungsführer der Bürgergemeinde. Und die Bürgergemeindeversammlung (Legislative) hat keine anderen Aufgaben, als das Gemeindebürgerrecht zu erteilen und das jährliche Budget zu verabschieden.

Zudem ist die finanzielle Lage der Bürgergemeinde prekär. Ihre einzigen Einnahmen sind die Einbürgerungsgebühren und die Erlöse aus der Bewirtschaftung des Bottminger Walds. Dieser ist allerdings verglichen mit anderen Gemeinden klein. Seit Jahren subventioniert die Einwohnergemeinde die Bürgergemeinde mit zehn Franken pro Einwohner. Trotzdem haben sich die negativen Jahresabschlüsse gehäuft, sodass das Eigenkapital letztes Jahr auf unter 60 000 Franken gesunken ist. Deshalb stellt sich die Bürgergemeinde jetzt radikal die Frage nach ihrer Existenzberechtigung. Für die

Bürgergemeindeversammlung vom kommenden Mittwoch hat der Gemeinderat einen Antrag eingereicht, der die vollständige Auflösung der 1881 gegründeten Institution zum Ziel hat.

Der Bürgerrat solle eine Vorlage ausarbeiten, die das Zusammengehen mit

Im vergangenen Jahr ist das Eigenkapital auf unter 60 000 Franken gesunken. Deshalb stellt sich die Bürgergemeinde jetzt die Frage nach ihrer Existenzberechtigung.

der Einwohnergemeinde vorsieht, heisst es im Antrag. Die versammelten Ortsbürger werden am Mittwoch also einen Grundsatzentscheid fällen. Über die konkrete Auflösung der Bürgergemeinde würden sie erst zu einem späteren Zeitpunkt befragt, wenn die Vorlage vorliegt.

Doch auch wenn sie dann zustimmen, ist das Verschwinden der Bottminger Bürgergemeinde noch nicht besiegelt. Gemäss kantonalem Gemeindegesetz braucht es zusätzlich die Zustimmung der Gemeindeversammlung und positive Entscheide an der Urne, sowohl von der Einwohnergemeinde (einfaches Mehr) als auch der Bürgergemeinde (Zweidrittelmehr).

In den Erläuterungen für die Versammlung nächste Woche macht der Bürgerrat keinen Hehl daraus, dass er die altherwürdige Institution auflösen möchte. Als Alternativen sieht er nur das Generieren von zusätzlichen Einnahmen, oder aber dass die Gemeinde ihre Subventionen «wesentlich» erhöht. «Hierfür bedürfte es jedoch substanzieller Strukturveränderungen, die mangels Finanzen durch die Einwohnergemeinde finanziert werden müssten.» Als Gemeinderäte könnten die Mitglieder des Bürgerrates das selber in die Wege leiten - offensichtlich haben sie nicht den Willen dazu.